JANAJEW: Wer glaubt, wird selig. Die meisten Bauern haben außerdem die Landwirtschaft verlernt, wir sagen: Sie sind entbauert.

SPIEGEL: Aber diejenigen, die es können und wollen, auch die bekommen den Boden nur geliehen.

JANAJEW: In einem Land mit 300 Millionen Einwohnern, denen Stereotypen des fehlerhaften Denkens angewöhnt worden sind, da dürfen wir so etwas nicht überstürzen. Auch zur Pacht finden sich nicht viele, die bereit wären, hundert Hektar zu übernehmen.

SPIEGEL: Wie sieht es denn mit Privateigentum in der Industrie aus?

JANAJEW: Wir treten für alle Eigentumsformen ein. In den Großbetrieben können die Belegschaften Anteile an ihrer Firma in Form von Aktien kaufen.

SPIEGEL: Die haben weniger Interesse an Investitionen als an Dividenden, und sie müssen mit einem Sinken des Aktienkurses rechnen, also mit Verlusten.

JANAJEW: Von diesem Risiko haben wir eine klare Vorstellung.

SPIEGEL: Warum lassen Sie nicht jeden, der das Geld hat, an die Aktien heran – fürchten Sie da wieder die Spekulanten? Oder die Ausländer?

JANAJEW: Die Belegschaftsmitglieder sollen ein Vorkaufsrecht genießen.

SPIEGEL: Gennadij Iwanowitsch, Sie können jederzeit eine VW-Aktie erwerben, können wir irgendwann einmal Anteile am Swerdlowsker Uralmaschkonzern kaufen?

JANAJEW *(auf deutsch)*: Warum nicht? Kommen Sie, kaufen Sie.

SPIEGEL: Das ist in der Tat die effektivste Wirtschaftshilfe.

JANAJEW: Ich bin Anhänger der breitesten Privatisierung. Aber sogar in Polen sind erst sieben Großbetriebe in Privateigentum übergegangen.

SPIEGEL: Diese Probleme sind uns aus der früheren DDR vertraut. Wünschen Sie sich eine Treuhandstelle?

JANAJEW: Kommt Zeit, kommt Rat. Der Präsident reist nach London, um unsere Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft zu integrieren, je schneller, desto besser.

SPIEGEL: Angesichts der angekündigten Katastrophe haben Sie keine Zeit mehr.

JANAJEW: Sie auch nicht. Politische und militärische Sicherheit sind undenkbar ohne ökonomische Sicherheit. Was wird aus Europa, wenn es bei uns zur sozialen Explosion kommt? Wenn sich die Flüchtlingsströme der Arbeitslosen nach Westeuropa ergießen? Wollen Sie dann etwa die Bundeswehr einsetzen?

SPIEGEL: Gennadij Iwanowitsch, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Ecuador

Trauter Plausch

Auslaufendes Erdöl verseucht den Regenwald. Ein Kennedy-Sohn will der US-Firma Conoco dennoch helfen, in einem Nationalpark zu bohren.

Pathos schwang in der Rede des weißen Mannes mit, als er zu den Indianern im Amazonasbecken sprach. In den USA habe seine Familie „immer große Solidarität mit den Ureinwohnern bewiesen", versicherte Robert F. Kennedy Jr., 37, der Konföderation ecuadorianischer Amazonasvölker (Confeniae) in dem Urwaldnest Puyo. Bereits 1968 hätten die US-Indianer seinen Vater Robert Kennedy als Präsidentschaftsanwärter unterstützt. Nur mit ihrer Hilfe habe er Vorwahlen in einigen US-Bundesstaaten gewonnen.

„Einige Tage nach diesen Erfolgen wurde mein Vater ermordet", so der Kennedy-Sprößling. „Seit jenem Tag haben ich, meine zehn Brüder und Schwestern und meine komplette Familie den Kampf für die Rechte und die Würde der Indianer in den USA weitergeführt."

Der weiße Mann aus Washington war Anfang März als Vertreter der mächtigen US-Umweltschutzorganisation Natural Resources Defense Council (NRDC) ins Amazonasgebiet gereist, um bei den ecuadorianischen Ureinwohnern für einen heiklen Vorschlag zu werben. Die Indianer sollen einwilligen, daß die US-amerikanische Ölgesellschaft Conoco (deutsches Markenzeichen: die gelben „Jet"-Tankstellen) in dem Regenwald-Nationalpark Yasuní, der Heimat von etwa 1500 Huaorani-Indianern, Öl fördert. Im Gegenzug, so Kennedy, würde der NRDC bei Conoco Geld für eine Umweltstiftung eintreiben, welche die Indianer für die sozialen und ökologischen Folgen entschädige.



Kennedy verschwieg, daß er den Conoco-Managern diesen Deal bereits im Februar bei einem Treffen in New York offeriert hatte. Auch über den Preis für die Stiftung hatten die Umweltschützer mit der Tochtergesellschaft des Du-Pont-Konzerns schon gefeilscht.

25 Millionen Dollar forderten die NRDC-Vertreter, 10 Millionen bot Conoco. Man schied im Einvernehmen, daß der NRDC bei anderen Umweltschutzgruppen für das Projekt werben werde. Conoco solle dafür sein finanzielles Angebot überdenken – das würde „guten Willen beweisen und ein Präzedenzfall sein für die Partnerschaft zwischen Großkonzernen und regierungsungebundenen Organisationen", so Kennedy auf dem Meeting. Außerdem ließe sich mit dem Geld „gute Stimmung unter den Indianer-Gruppen verbreiten. Der NRDC wird Conoco dabei unterstützen".

Der traute Plausch zwischen NRDC und dem Ölriesen hat bei Ecuadors Umweltschutz-

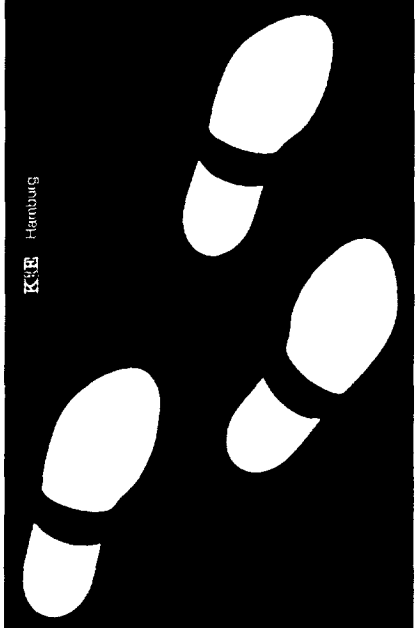


Ölverschmutzung im Amazonasgebiet*

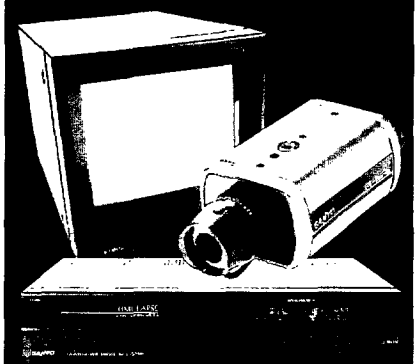
„Umweltschützer dürfen nicht immer nein sagen"

* Erdloch für ausgelaufenes Öl, das in Plastiktüten vergraben wurde.

Ein Fall für drei.



Zur Sicherheit schließen Sie besser gleich die berühmten drei von SANYO an: Den Langzeitrecorder, die Universalkamera und den Spezialmonitor.



Sicherheits- und Überwachungstechnik komplett: Bis hin zu Platinenkamera und Infrarot-Scheinwerfer. Diskret für Geldinstitute, robust für Industrie und Fertigung, langlebig für Verkehrsüberwachung und den Privatbereich. Und zur Sicherheit immer beste Qualität.

SANYO

INDUSTRIE-VIDEO

SANYO VIDEO Vertrieb GmbH & Co.
Kornkamp 4, 2070 Ahrensburg,
Tel. 04102/42094, Telefax 04102/42097

Gruppen einen Sturm der Empörung entfacht. „Wir wußten nicht einmal, daß es überhaupt Verhandlungen gibt", kritisiert die Anwältin Marcela Enríquez.

„Wenn Conoco mit Billigung von Umweltschützern gegen Zahlung einiger Millionen in einem Nationalpark bohren darf, ist das vielleicht auch bald in der Antarktis oder im Wattenmeer möglich", befürchtet der deutsche Ingenieur und GTZ-Experte Richard Lehner, Dozent an der Technischen Hochschule von Guayaquil. „Ein Nationalpark muß Nationalpark bleiben."

Die Ölförderung im Yasuní-Nationalpark würde das empfindliche Ökosystem zerstören, argumentieren die Naturschützer. Das von der Unesco als „Reserve der Biosphäre" unter Schutz gestellte 680 000 Hektar große Areal am Río Napo ist Heimat für 600 Vogel-, 500 Fisch- und 120 Säugetierarten.

Die Huaorani-Stämme von Yasuní hatten zumeist noch keinen Kontakt mit der Zivilisation. 1987 töteten die Tagairi, eine der isoliertesten Huaorani-Gruppen, zwei Geistliche, die zu ihnen reisten, um zwischen den Indianern und den Ölgesellschaften zu vermitteln. Jene Huaoranis, die außerhalb des Nationalparks leben und häufiger mit Weißen in Berührung kommen, haben sich bereits im Januar in einem Schreiben an Conoco gegen die Erdöl-Bohrungen in ihrer Heimat ausgesprochen.

Denn in den Naturschutzgebieten Cuyabeno und Limoncocha, die an den Nationalpark Yasuní angrenzen, wird bereits seit Anfang der siebziger Jahre Öl gefördert – mit katastrophalen Folgen für Mensch und Natur. Bohrflüssigkeit und Chemikalien werden ungeklärt in die Flüsse geleitet; viele Indianer leiden unter Hautkrankheiten, es gibt kaum noch Fische. Immer wieder läuft Öl aus den Bohrlöchern über, bei bislang mehr als 30 Unfällen sind seit 1972 bereits 63,6 Millionen Liter Rohöl ins Erdreich versickert – mehr als beim Tankerunglück der Exxon Valdez vor Alaska, wo 40 Millionen Liter ins Meer liefen.

Das bei der Ölförderung austretende Gas wird sorglos abgefackelt, die Pipeline aus dem Urwaldgebiet an die Küste weist immer wieder Lecks auf. Um ihre Camps zu versorgen, schlugen die Ölgesellschaften breite Schneisen in den Dschungel; Tausende von Hochlandbewohnern strömten auf der Suche nach Arbeit ins Amazonasgebiet. Die meisten enden als bitterarme Siedler, die sich rücksichtslos einen Flecken Urwald roden, um zu überleben.

Auch Conoco plant, insgesamt 100 Kilometer Straßen durch den Yasuní-Nationalpark zu bauen. Dafür müssen etwa 1000 Hektar Regenwald gerodet werden, 338 Wasserläufe werden unterbrochen. 120 Bohrlöcher und 10 bis 15 Bohrplattformen werden dem empfindlichen Ökosystem den Garaus machen, so Umweltexperte Lehner.

Noch im Oktober vergangenen Jahres hatte auch der NRDC gegen die Conoco-Pläne protestiert. Die in seinem Auftrag erstellte Studie „Amazon Crude" dokumentiert, wie die Ölförderung das ecuadorianische Amazonasgebiet verseucht. Im Schulterschluß mit ecuadorianischen Umweltgruppen versuchten die US-Amerikaner, jede weitere Ölbohrung zu verhindern.

Der plötzliche Sinneswandel entspringt angeblich der Einsicht, daß „in einem Land wie Ecuador die weitere Erschließung der Ölvorkommen auch in Nationalparks nicht zu verhindern ist", so der Washingtoner NRDC-Direktor Jacob Scherr. „Wenn Conoco an der Erschließung gehindert wird, kommen andere Ölgesellschaften, die weniger umweltbewußt sind." Conoco dagegen sei um sein Umwelt-Image besorgt, das müsse man ausnutzen: „Umweltschützer dürfen nicht immer nein sagen."

Die Regierung Ecuadors hat bislang den Multis bereitwillig alle Hindernisse aus dem Weg geräumt. Weil Probebohrungen im Yasuní-Nationalpark verboten waren, verkleinerte sie im vergangenen Jahr kurzerhand das Areal – Conoco durfte in Regionen nach Öl suchen, die bis dahin geschützt waren.

Im Oktober 1990 widerrief das Verfassungsgericht auf Druck der Ölkonzerne seine kurz zuvor getroffene Entscheidung, jegliche Ölförderung in Nationalparks zu verbieten. Jetzt ist den Firmen nur noch auferlegt, den ökologischen Schaden „möglichst zu begrenzen".

Der Grund für die servile Haltung gegenüber den Ölkonzernen: Ecuador bezieht rund die Hälfte seiner Staatseinnahmen aus dem Ölverkauf, ohne den Schmierstoff aus dem Amazonasbecken wäre das Land kaum in der Lage, seine Auslandsschuld von zwölf Milliarden US-Dollar abzutragen.

Auch Conoco hat sich vorbehalten, für Folgeschäden der Ölförderung nicht aufzukommen. Und der versprochene Geldsegen für die Indianer richtet unter den Ureinwohnern mehr Schaden an, als daß er ihnen helfen könne, glaubt die Umweltschützerin Enríquez: „Einen Stamm, der Geldwirtschaft nicht kennt, mit Millionen zu beglücken, hätte katastrophale soziale Folgen für die Indianer."

Doch NRDC-Direktor Jacob Scherr ficht das nicht an. Die ecuadorianischen Umweltschützer seien „frustriert, weil sie in ihrem Land keinen Einfluß haben". Wenn der Protest gegen den NRDC weiter wachse, so droht er, „können wir uns auch ganz aus Ecuador zurückziehen. Es gibt schließlich noch genug Regionen auf der Welt, wo unsere Arbeit gewünscht wird". ◀